

Bezugsgebühr:
 Vierteljährlich 2 Mk. 50 Pf. halbjährlich 4 Mk. 50 Pf. jährlich 8 Mk. 50 Pf.
 Die „Dresdner Nachrichten“ erscheinen täglich Morgens 7 Uhr. Der Preis in Dresden und bei den meisten Umgebungen ist 10 Pf. pro Stück. Die 10 Pf. sind für den Druck und die Abgabe des Blattes an den Abonnenten, die nicht auf dem oder demnächst folgenden Postwege, sondern auf dem Wege des Postboten, in zwei Heften zu 5 Pf. und 5 Pf. zu empfangen.
 Die Abgabe erfolgt durch den Postboten. Die Abgabe aller Briefe u. Original-Belegblätter nur mit beifolgender Quellenangabe (Dresd. Nachr.) zulässig.
 Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Anzeigen-Carif.
 Aufnahme von Anzeigen bis zum 1. August 1902. Sonntags und Feiertagen 20 Pf. pro Zeile. Die 10 Pf. sind für den Druck und die Abgabe des Blattes an den Abonnenten, die nicht auf dem oder demnächst folgenden Postwege, sondern auf dem Wege des Postboten, in zwei Heften zu 5 Pf. und 5 Pf. zu empfangen.
 Haupt-Verkaufsstelle: Marienstr. 38.
 Fernsprechendahl: Amt 1 Nr. 11 und Nr. 2096.

Lobeck & Co.
 Schokoladen, Cacao's, Desserts.
 Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Reisetaschen
 Plaidhüllen u. Touristentaschen sowie sämtliche Reiseartikel
 empfiehlt in reicher Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wildstrasserstr. 3 part. u. I. Etage.

Cognac
 mit dem Gläschen.
 Marken: Sylvain Père & Fils.

Permanente Ausstellung
 Braut-Ausstattungen u. Zimmer-Einrichtungen
G. Ritter, Möbelfabrik, Marschallstrasse 3, Eibberg 1.
 Katalog gratis und franko.

Arbeiterschutzgeräte
 als: Respiratoren und Schutzbrillen gegen Staub, Dämpfe, Rauch und mechanische Einflüsse, Verbandskisten, Sicherheitslampen, säurefeste oder flamm-sichere Bekleidungsstücke fertigt als Spezialität:
Carl Wendschuch's Etablissement

Carl Wendschuch's Etablissement
 Rhythmisches Bitterung:
 Veränderlich, etwas wärmer.

Struvestrasse 11.
Wittwoch, 13. August 1902.

Für die Bade- und Reisezeit.

Die geehrten Leser der „Dresdner Nachrichten“, welche unser Blatt durch die hiesige Geschäftsstelle beziehen und dessen Nachsendung nach den Sommer-Aufenthaltsorten wünschen, wollen der unterzeichneten Geschäftsstelle rechtzeitig darüber Mitteilung machen lassen, damit die Ueberweisung bezw. Weiterleitung durch die Kaiserl. Post pünktlich erfolgen kann. Dem Ueberweisungsantrage ist **deutsche Namens-, Ort- und Wohnungsangabe** beizufügen, auch ist die im Deutschen Reichspostgebiete — Oesterreich berechnet nach besondere Gebühren — erforderliche **Ueberweisungsgebühr** von 1 Mk. für ein Kalender-Bierteljahr, 40 Pf. für 1 Monat nicht etwa noch zu entrichtender Bezugsgebühr vor der Abreise an uns einzuschicken. Für Ueberweisungen, welche innerhalb eines Monats ablaufen, sind die Ueberweisungsgebühren für 2 Monate — 80 Pf. zu entrichten. Die Ueberweisungen verstehen sich **postlagernd**, Wannen im Deutschen Reichspostgebiete aber auch mit **Zustellung des Blattes bis in die Wohnung** beantragt werden; das Bestellgeld von je 14 Pf. für den Monat würde dann gleichfalls vorher an uns mit zu zahlen sein.
 Für diejenigen, welche die „Dresdner Nachrichten“ täglich auf Reisen zu lesen wünschen, aber ihren Aufenthaltsort häufig wechseln sind besondere **Reise-Kreuzbandsendungen** eingerichtet und beträgt die tägliche Beforderung nach jedem Orte im Deutschen Reich und Oesterreich-Ungarn (bis zu 100 Stamm) monatlich **2 Mk. 50 Pf.**, nach den Ländern des Weltpostvereins monatlich **4 Mk. 50 Pf.**
 Die Leser, welche die „Dresdner Nachrichten“ durch die **Post empfangen**, wollen dagegen sich in gleicher Angelegenheit nur an das **Postamt ihres Wohnortes** wenden, bei welchem ihre laufende Bestellung erfolgt ist. Ueberweisungen innerhalb des Deutschen Reichspostgebietes werden seitens der Postämter gegen eine Gebühr von 50 Pf. im Verkehr mit Oesterreich und fremden Ländern gegen eine solche von 1 Mk. ausgeführt.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“
 Marienstrasse 38.

Der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn.

Das politische Leben pulst zur Zeit in der habsburgischen Monarchie lebhafter, als es wohl sonst während der parlamentarischen Ferien und der naturgemäßen Ruhepause des Sommers der Fall zu sein pflegt. Noch immer sind es die Sorgen um den Ausgang der Ausgleichsverhandlungen zwischen den beiden Reichshälften, die das allgemeine Interesse fortgesetzt beanspruchen und regen erhalten. Die Ungewissheit und Unbestimmtheit des gegenwärtigen Zustandes, der die Frage offen läßt, ob der österreichisch-ungarische Ausgleich zu Stande kommt und die Zollgemeinschaft aufrecht erhalten bleibt, lastet schwer auf den Erwerbstreibern diesseits wie jenseits der Weitha. Die wirtschaftliche Noth, die Gefahr, daß besonders in Oesterreich das Geschäftsleben verjüngt, erheischt vor Allem dringend die baldige Feststellung der Grundlagen des Ausgleichswerkes, damit die Parlamente in Wien und in Budapest im Herbst ihre wichtigste Aufgabe, die nicht bloß für die wirtschafts- und handelspolitische, sondern auch für die staatliche Zukunft der Gesamtmonarchie von entscheidender Bedeutung sein muß, erledigen kann. Der habsburgische Doppelstaat muß, wenn er demnächst gerüstet in die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland und anderen Reichen eintreten will, im Laufe der nächsten Parlamentssession einen neuen, autonomen Zolltarif und die Sicherung der ferneren Zollgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn besitzen. Um dieses Ziel zu erreichen, muß Wiener Reichsrath und dem ungarischen Reichstage, sofort nach der Wiedereröffnung ihrer Beratungen unterbreitet werden. Daher müssen schon die nächsten Tage eine Entscheidung bringen. Die zwölfte Stunde für den Ausgleich hat geschlagen.
 Scheitern die schwebenden Ausgleichsverhandlungen, so würde das die wirtschaftliche Trennung der beiden Reichshälften und zwar vom Jahre 1908 ab zur Folge haben. Denn bis zum 31. Dezember 1907 gilt die österreichisch-ungarische Zollgemeinschaft, die in Folge der Abstruktions-Akte in Oesterreich und der Arbeitsunfähigkeit des cisleithanischen Parlaments im Jahre 1899 als eine provisorische auf dem Wege des Kompromisses zu Stande gekommen ist. Nach diesem Kompromisse sollte spätestens im Jahre 1901 der Versuch gemacht werden, ein reguläres Zoll- und Handelsabkommen zwischen Oesterreich und Ungarn in verfassungsmäßiger Weise herbeizuführen. Gelingt dies nicht, so könnten für die Gesamtmonarchie neue internationale Handelsverträge nur bis zum Jahre 1907, mit welchem Jahre alsdann die Zollgemeinschaft Cis- und Transleithaniens aufhören würde, abgeschlossen werden. Wenn aber die habsburgische Monarchie in der Lage ist, mit anderen Staaten neue Handelsverträge auf die Dauer nur

weniger Jahre zu vereinbaren, so würde das fast gleichbedeutend sein mit der Unfähigkeit, überhaupt zu neuen Handelsverträgen zu kommen, besonders so weit das Deutsche Reich in Betracht kommt. Denn die Vertreter der verbündeten Regierungen Deutschlands haben oft und deutlich genug erklärt, daß nur langfristige Handelsverträge, also mindestens von der Dauer von 10 Jahren, für sie Werth haben können.

Die wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung schienen eine kritische Wendung zu erfahren, als sich vor etwa zwei Monaten der Ministerpräsident Dr. von Koerber veranlaßt sah, im Wiener Herrenhause eine sehr energische Erklärung abzugeben, aus der man schließen konnte, daß in Wien bereits ernstlich mit der Möglichkeit eines negativen Ergebnisses der Ausgleichskonferenzen gerechnet wurde. Der österreichische Kabinettschef versicherte damals, daß die cisleithanische Regierung zwar bis zur äußersten Grenze des Entgegenkommens gehen wolle, um die wirtschaftliche Gemeinschaft mit Ungarn in Freundschaft aufrecht zu erhalten, daß sie jedoch die Hand zu einer Gemeinschaft, die den österreichischen Staat zu keiner Ruhe kommen lasse und in Wirklichkeit fast keine Gemeinschaft sei, nicht bieten könne. Der Eindruck dieser Erklärung wurde noch verstärkt durch verschiedene Kundgebungen berufener Aderperschichten und Persönlichkeiten österreichischerseits, denen der Gedanke zu Grunde lag, daß man lieber von dem wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechte Gebrauch machen wolle, als einen Ausgleich zu Stande kommen zu lassen, als dessen Voraussetzung das ungarische Uebergewicht, nicht aber das Gemeinwohlbedürfnis anzusehen wäre. Auch jenseits der Weitha hatte man es nicht an der Drohung der wirtschaftlichen Trennung von Oesterreich fehlen lassen. Inzwischen hat die Ausgleichsfrage die bedrohliche Konfliktstufe wieder einigermaßen verloren. Zwei Momente sind es besonders, die die Ausgleichsverhandlungen wieder in das Gleis, das zur Einigung führt, gelenkt haben: das persönliche Eingreifen des Monarchen und die gerade angelegte des kritischen Standes des Ausgleichswerkes wachsende und vertiefte Erkenntnis der schweren Gefahren, die beiden Reichshälften in wirtschaftlicher wie nicht minder auch in politischer Hinsicht erwachsen könnten.

Kaiser Franz Joseph hat wieder einmal bewiesen, daß im Donauraiche der monarchische Wille in innerpolitischen Krisen einen ausgleichenden und wenn es sein muß, ausschlaggebenden Faktor von staatsbehaltender Tendenz darstellt. Scheitert der Ausgleich definitiv, hat der Kaiser erklärt, so habe er unjourné gelebt. Diese Neuerung ist der prägnante Ausdruck des österreichisch-ungarischen Gemeinwohl- und Einheitsbegriffes, das in der Person des den Oesterreichern und Ungarn gemeinsamen habsburgischen Herrschers am stärksten und einflussreichsten verkörpert und vertreten ist. In noch weit höherem Maße, als es bei den beiderseitigen leitenden Staatsmännern, welche das Ausgleichswerk herstellen sollen, selbst bei den besten Absichten und dem ehrlichsten Streben nach Einigung der Fall sein kann, ist in Kaiser Franz Joseph mit seiner sich über ein halbes Jahrhundert erstreckenden Monarchenthätigkeit der Wille und der Gedanke lebendig und herrschend, daß die politische Lösung der ökonomischen Ausgleichsfrage eine zwingende Nothwendigkeit für die politische Einheitsstellung der habsburgischen Monarchie und deren internationale Machtstellung ist. Das Schwergewicht der Gesamtmonarchie ruht zwar zunächst auf dem politischen Ausgleich, der nicht, wie der wirtschaftliche, von Zeit zu Zeit der Erneuerung bedarf, sondern dauernd festgelegt ist und durch die Einheitslichkeit der äußeren Politik und der Armeen hauptsächlich die Aktionsfähigkeit und die Machtentfaltung des Reiches ermöglicht und die Voraussetzungen für die auswärtige Politik Oesterreich-Ungarns erwirkt; aber es müßte früher oder später zu einer Gefährdung der politischen Einheitsbände führen, wenn das wirtschaftliche Einheitsband des beiden Reichshälften höher gemeinsamen Nulgebietes getrennt wird. Am Wiener Herrenhause hat ein Redner auf eine Konsequenz der Zolltrennung hingewiesen: wenn das Zollgebiet der Monarchie getrennt wird, so sind weitere Trennungen und Theilungen nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich, und sehr bald kann von dieser Trennung auch die Armeen betroffen werden. Es liegt auf der Hand, daß sich Kaiser Franz Joseph von der höchsten Warte seiner monarchischen Stellung aus mehr als irgend einer seiner Rathgeber der Gefahren bewußt werden muß, welche der Einigkeit des Gesamtreiches drohen, wenn sich zwischen Oesterreich und Ungarn eine Abspaltung, wo leither der wirtschaftliche Gemeinwohlgedanke abgemittelt hat. Bei den gegenwärtigen Ausgleichsverhandlungen handelt es sich schließlich darum, ob in Zukunft noch ein Oesterreich-Ungarn als eine festgeschlossene Einheit, oder nur noch ein Oesterreich und ein Ungarn nebeneinander bestehen sollen.

Denn vermittelnden Eingreifen Kaiser Franz Josephs ist es gelungen, besonders die mehr persönlichen Differenzen, die dem glücklichen Fortgange der Ausgleichskonferenzen im Wege zu stehen drohten, Verflüchtungen und Entfernungen zwischen den Hauptträgern der Verhandlungen, zu beseitigen, dergestalt, daß sich der österreichische Ministerpräsident Dr. von Koerber jedoch angelehnt hat, nach Katal, dem Vorkämpfer seines ungarischen Kollegen von Esell, zu reisen, um dort mit den berufener Ver-

tretern der ungarischen Regierung den Ausgleich dem entscheidenden Ausgange zuzuführen. Das Schlußwort soll in Wien gesprochen werden, wohin sich die beiden Ministerpräsidenten nach Beendigung der Kataloter Konferenz begeben werden, um dem Statte das Ergebnis zu unterbreiten.

Neueste Drahtmeldungen vom 12. August.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Kaiserin hat sich gelegentlich eines Ausfluges beim Aussteigen aus der Dampfbusse dem Fuß verstaubt und muß sich Schonung auferlegen. Es ist dabei fraglich, ob sie ihren Gemahl nach Tschibort besuchen kann. Jedenfalls verläßt die Kaiserin Kabinen am Donnerstag und begibt sich, wenn sie auf den Befehl der Kaiserin zur Ausreise nach Komburg v. d. H., wo später auch der Kronprinz, der jetzt auf einer Tour durch die Gegend befindet, zur Begrüßung seiner kaiserlichen Eltern sich einfindet.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Zolltarifkommission des Reichstags, die gestern die erste Sitzung des Jahres beendet hat, beriet heute über die Anträge wegen Vererbung der aus dem neuen Tarif zu erwartenden Ueberschüsse. Sämtliche Anträge wurden abgelehnt. Vom Centrum war beantragt, die Ueberschüsse für die Arbeiter-, Witwen- und Waisen-Versicherung, vom Großen Rath für die Ermäßigung der von den Arbeitern und Arbeitgebern zu leistenden Invaliden-Versicherungsbeiträge zu verwenden. Die Sozialdemokraten beantragten, aus den Zoll-Einnahmen überhaupt jährlich 60 Millionen für Landwege und Kanäle zu verwenden, ferner die Sozialisten für Landwege und Kanäle zu verwenden, ferner die Sozialisten für Landwege und Kanäle zu verwenden. Der Centrum-Antrag fand im Allgemeinen eine freundliche Aufnahme, doch war die Mehrheit der Meinung, daß bei der jetzigen Finanzlage nicht Mittel für ein noch unbekanntes Geheiß festgelegt werden könnten. Reichsfinanzminister v. Tiedemann erklärte, daß, wenn der Antrag des Centrum angenommen werde, der Etat nicht ohne neue Steuern balanciren könne. Die Kommission legte dann noch eine Subkommission zur Verberathungen für die zweite Sitzung ein, die am 22. September beginnen soll, und vertagte sich hierauf bis dahin.

Berlin. (Priv.-Tel.) Zum Falle Löbning bringt die „Glozinger Zeitung“ eine Mitteilung, worin es heißt: Herr von Ritter hätte vom Finanzminister von Rheinbaben lediglich den Auftrag erhalten, dem Provinzial-Steuerdirektor Löbning nahe zu legen, wegen seiner Stellungnahme gegen die Polenpolitik der Regierung keine Pensionierung zu erwirken. Herr von Ritter wollte jedoch dem Provinzial-Steuerdirektor gegenüber die Anforderung zu seinem Rücktritt ganz eigenmächtig damit, daß Löbning als Schwiegervater eines ehemaligen Reichswehres als Provinzial-Steuerdirektor in Preußen unmöglich geworden sei. Herr v. Ritter hatte zu dieser Einwirkung der Reichsaffäre des Herrn Löbning vom Minister keinen Auftrag erhalten. Dasselbe Wort deutet an, Staatssekretär Graf v. Bodo-Bodo wird an Ritter's Stelle Oberpräsident von Polen werden. Die „Polenzeitung“ verweist dagegen die Meldungen über „Erhöhtungen“ unter die Produkte der Zaunengrenzzeit. — Der Abg. Hilwardt soll, der „Frankf.-Oder-Ztg.“ zufolge, nach einer erregten Auseinandersetzung mit seinen ehemaligen Freunden, die in Wolzenberg stattfand, dorthin eingewilligt haben, auf seine Wiederanstellung im dortigen Wahlkreise zu verzichten.

Leipzig. (Priv.-Tel.) Zu dem Plane der Theater-fahrt deutscher Künstler nach Paris wird mitgeteilt, daß außer Schiller's „Räubern“ auch „Wilhelm Tell“ und Deubel's „Judith“ zur Aufführung bestimmt sind. Für die Gastspiele ist nach vorläufigen Bestimmungen die Zeit vom 7. bis 15. Mai 1903 angesetzt. Die Mitglieder der großen deutschen Gesellschaften in die Teilnahme an dieser Theaterfahrt unterliegt.

Damburg. (Priv.-Tel.) Derog Ernst Günther zu Solms-Walden, der Bruder der Kaiserin, überbrachte dem Kaiser von Altens einen namhaften Betrag für die Unterhaltungen der Töchter der „Prinzeßin“-Königin.

Damburg. Der Vicepräsident der Hamburger Bürgervereine, Dr. Dangel, ist heute in Folge eines Herleidens gestorben. Breslau. Oberösterreichische Wälder melden, daß in Jamnitzer bei Motowitz mit einer furchtbaren Detonation zwei Dampflokomotiven in die Luft flogen. 100 Personen wurden verletzt.

Paris. Die Einnahmen aus den indirekten Steuern im Jahre 1902 betragen um 24 Millionen hinter dem Etat-Budget zurück und übersteigen die Einnahmen im Jahre 1901 um 3 Millionen Francs.

Paris. (Priv.-Tel.) Das „Cao de Paris“ meldet als Gerücht, daß eine Kompanie Infanterie des 1. Bataillon, welche der Befehl erteilt worden war, Ostensichtern in Douaumont zu vertreiben, den Gehorsam verweigert habe. Lesneves. Ein Prester Zolltarifkommission hat sich heute in Begleitung einer Abteilung Polizeimänner nach Gouezec begeben, um die Auflösung einer dortigen Kongregations-Niederlassung zu bewirken, bezugsweise oder dem Widerstand der mit Steuern und Zöden belasteten Einwohner, und machte sich, ohne seine Aufgabe erfüllt zu haben, aufzubrechen. Erst gegen 6 Uhr Abends hatte er von einer Kompanie des 118. Infanterie-Regiments unterstützt, die Niederlassung unter Nothwehr einer etwa hundertköpfigen Menge auf die Frauen und die Kinder geschloßen.

Osaka. Präsident Krüger ist von Zwölftausend nach Alaska abgereist. Er hat sich vorher von Stein herzlich verabschiedet.

London. Reuters Bureau erzählt: Die Ergebnisse der Kolonialkonferenz sind sehr befriedigend. Die Konferenz nahm eine Resolution an, betreffend die Erhöhung der Leistungen der Kolonien für die Reichsmarine. Danach werden die Aufträge der Kolonial- und Katalots erhöht. Kanada erklärt sich bereit, sich zu beteiligen. Ferner wurde eine Resolution betreffend Bezugsfälle angenommen. Danach sollen die Kolonien dem Reich viele Kanadas senden, indem sie Waren englischer Herkunft möglichst bevorzugen. Die Resolutionen verbleiben weiter die englische Regierung noch die Regierungen der Kolonien, sie sollen beileibe den gelegentlichen Körperlichkeiten der betreffenden Theile des Reiches unterbreitet werden.

London. (Priv.-Tel.) Botha, Delarey und Demeit sollen bei ihrer Ankunft in Southampton am Samstag von stehener und von Beamten des Kolonialamtes, vielleicht auch

Friedrich & Glöckner's
 Faschischelackfabrik „Mahl“
 am Markt, No. 130
 in Dresden, Verkauftstellen:
 A. F. Wolmann, Dresden-N.